Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 5 | Der „Holzarbeiter" erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter" nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postscheckkonto 7718 Köln. | Köln, den 29. Januar 1926. | Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloerwall 9. Telephonruf West 51546. — Redaktionsschluß ist Samstag-Mittag. | 27. Jahrg.

Zur Abwehr bereit.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß ein großer Teil des deutschen Unternehmertums die derzeitige Wirtschaftskrise glaubt dazu benutzen zu können, die Arbeiterschaft auf die Knie zu zwingen.

Aus den verschiedensten Gebieten wird uns ein geradezu brutales Vorgehen der Unternehmer bei Einführung von Kurzarbeit oder Stillegen der Betriebe gemeldet. Die Betriebsstillegungen sind zu einer ansteckenden Unternehmerkrankheit geworden, der man sich vielfach ergibt, ohne ein Gegenmittel anzuwenden. Mit dem Hinweis auf Kreditnot, hohe Zinsleistungen u. a. m. läßt sich ja so leicht begründen, warum man in die Modekrankheit der Betriebsstillegungen verfallen ist. Es ist uns hinreichend bekannt, daß auch sehr viele Unternehmer ohne eigene Schuld mit in den Strudel wirtschaftlicher Not hereingerissen wurden. Diese sind es ja auch, die die letzten Reserven einsetzen, um eine Stillegung ihrer Betriebe zu verhindern. Andere aber erblicken in der Wirtschaftskrise ein geeignetes Mittel, um dem deutschen Volke den Glauben an wirtschaftliche Irrlehren aufzuzwingen. Seit Jahr und Tag hat das „führende" Unternehmertum durch seine dazu beauftragten Syndizi dem deutschen Staatsbürger erzählen lassen, daß nur verlängerte Arbeitzeit und herabgesetzte Löhne eine Gesundung unserer Wirtschaft herbeiführen könnten. In den verschiedensten Industriegruppen hat man eine Verlängerung der Arbeitszeit erzwungen und die Löhne sind auch so niedrig bemessen, daß die Arbeiterschaft dabei fast zugrunde geht. Und der Erfolg dieser Maßnahmen? Irgendwo hätte sich doch zeigen müssen, daß die angeblich „volkswirtschaftlich notwendigen" Maßnahmen der Volkswirtschaft zum Segen gereichen. Heute schiebt einer dem andern die Schuld zu. Das Unternehmertum in der Industrie, in Handel und Gewerbe zetert über rigoröse Kreditbeschränkungen seitens der Reichsbank, man stöhnt über unmoralische Anforderungen der Privatbanken in bezug auf Sicherung der Kredite und Zinsleistungen. Ob wir die Rede eines Handelskammerpräsidenten oder die eines Vorsitzenden irgend einer Industriellenvereinigung lesen, sie alle sind auf das Klagelied über Wirtschaftsnot abgestimmt. Der Staat soll eine falsche Steuerpolitik getrieben und damit die Wirtschaft erdrosselt haben.

Gut, auch wir sind der Ansicht, daß manche steuerpolitische Maßnahme der letzten Zeit von Kurzsichtigkeit diktiert wurde. Aber wir leben doch in einem Volksstaat. Warum stellen denn diejenigen, die immer alles anders gemacht haben möchten, nicht ihre wertvollen Kräfte in den Dienst unseres Volkes? Es ist eben bedeutend einfacher, die Arbeit anderer zu kritisieren als selbst zu arbeiten. Je weniger ein Mensch selbst aktiv wird bei der Gestaltung eines Werkes umso leichter tut er sich im Kritisieren. Von ihm selbst ist ja keine Arbeit dabei, die auch zur Kritik herausfordern könnte. Nur Reden.

Wenn wir die Klagen über das Verhalten der Banken gegenüber der Industrie hören, beschleicht uns ein eigentümliches Gefühl. Sind denn die Banken losgelöst von unserem Wirtschaftsleben und was tun unsere Wirtschafts„führer" in den Aufsichtsräten der Banken? Finden wir nicht sonst ein brüderliches Zusammengehen von Industrie und Bankenwelt, wenn es sich darum handelt, gegen die Arbeitnehmerschaft Front zu machen? Wurde nicht recht oft den Unternehmern bereitwilligst und in großem Ausmaße Kredit eingeräumt, wenn es sich darum handelte, eine Aussperrung zu finanzieren? Warum gibt man denn jetzt kein Geld, wo es sich darum handelt, die Betriebe wieder in Gang zu setzen, um aus der Wirtschaftsnot herauszukommen? Es scheint in den maßgebenden Kreisen Uebereinstimmung zu herrschen in bezug auf Ziel und Zweck der großen „Wirtschaftsbereinigung". Daß Millionen deutscher Volksgenossen große Not leiden infolge der falsch eingestellten Wirtschaft, was kümmern solche „Kleinigkeiten" diejenigen, die das Heil der Volkswirtschaft in niedrigen Löhnen sehen.

Das Herausstellen „volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten" brachte es in den Jahren 1923 und 1924 noch nicht in allen Industrien fertig, die Absichten der Unternehmer durchzuführen. Wo es damals nicht gelungen ist, abzubauen, soll der Abbau jetzt durch die wirtschaftliche Not bewerkstelligt werden.

Im Holzgewerbe konnten die Arbeitgeber bei dem großen Rummel, der 1923/24 zum Zwecke der Arbeitszeitverlängerung von „größern" Wirtschaftsführern inszeniert wurde, das Wettrennen nicht gewinnen. Ist das Holzgewerbe etwa durch die beibehaltene achtstündige Arbeitszeit ruiniert worden? Sind es nicht auch bei der jetzigen Krise wieder in erster Linie diejenigen Unternehmungen, bei denen doch ein gut Teil der Unternehmerwünsche verwirklicht werden konnten, die wieder zuerst von der „Krise" betroffen wurden? Das Bestreben vieler Wirtschaftsführer, die deutsche Sozialpolitik auf ein „vernünftiges Maß" herabzusetzen, die Arbeiterrechte zu reduzieren, ist zur chronischen Krankheit geworden. Weil manche Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen unserer Wirtschaft bestehen, wundert es nicht, daß die Torheiten der großen Wirtschaftsführer von den Kleineren so gern nachgemacht werden. So glaubt man auch im Holzgewerbe überall den starken Mann und Wirtschaftsretter mimen zu müssen. Man unterwirft sich anscheinend willenlos den gegenwärtig geltenden „Gesetzen der Wirtschaft". Betriebe wurden in weitestgehendem Maße stillgelegt, die bisherigen Lohnabkommen zum Teil gekündigt. Es scheint, daß die Arbeitgeber im Holzgewerbe aus der Vergangenheit nichts gelernt haben. Noch jedesmal, wenn von den „großen" Wirtschaftsführern ein großer Rummel veranstaltet wurde und unsere Arbeitgeber im Holzgewerbe befehlsgemäß in den Kampf zogen, sind sie dabei unterlegen. Eines schickt sich nicht für alle. Die von den Unternehmern so gern geltend gemachten „ehernen Gesetze der Wirtschaft" sind Menschenwerk und können als solches von Menschen geändert werden.

Die aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sich herausgebildeten Verhältnisse zwingen noch lange nicht jeden Betrieb zur Stillegung, der heute stilliegt. Wir bitten unsere Leser um Mitteilung ihrer eigenen Beobachtungen auf diesem Gebiet. Ueberall dort, wo das Unternehmertum die Wiederaufnahme der Arbeit von einer Herabsetzung der Löhne abhängig macht, ist die Vermutung berechtigt, daß die Modekrankheit der Betriebsstillegung nur dazu benutzt werden soll, den Befehl des allgemeinen Lohnabbaues durchzuführen.

Im Gewerkschaftsleben macht sich als Antwort auf die Unternehmerwillkür ein starker Wille zur Abwehr bemerkbar. Noch selten waren unsere Versammlungen von so gutem Geist beherrscht, wie heute. Mag die Inflation die Gewerkschaftskassen zum Teil ausgeplündert und die große Arbeitslosigkeit eine Erholung bisher verhindert haben, die Kraft der Gewerkschaften läßt sich nicht nur mit dem Rechenstift feststellen. Die Arbeiterschaft läßt sich wohl ab und zu einmal als Masse behandeln, dann erwacht aber auch um so stärker das Bewußtsein wieder, daß auch die Arbeiter Menschen sind. Um Menschenrechte zur Anerkennung zu bringen, wird dann auch jedes Opfer gebracht. Der Geist der Solidarität wird lebendig und stürmt so manches Bollwerk, hinter dem sich die Unternehmer verschanzt haben. Wir glauben fest, daß auch unsere Holzarbeiter wieder Solidarität und Opferwillen praktisch betätigen werden, wenn die Unternehmer uns zwingen sollten, zur Abwehr ihrer Bestrebungen besondere Maßnahmen zu ergreifen.

Die große Krise.

Es erfordert nicht viel Können, die Lage der deutschen Wirtschaft schwarz in schwarz zu malen. Wenn rund zwei Millionen Arbeiter keine Beschäftigung haben, wenn über Hunderttausend Angestellte stellenlos sind, wenn die Zahl der Konkurse Rekordziffern erreicht, wenn jeder zweite Wechsel zu Protest geht, dann ist es keine Leistung mehr, festzustellen, daß es verdammt schlecht aussieht. Jeder Geschäftsbericht tut es, jede Handelskammer bestätigt es. Pessimimus ist die herrschende Stimmung bei groß und klein. Die Wirtschaftsführer lassen in ihrer Darstellung der Lage wenig Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse in absehbarer Zeit, sie sagen im Gegenteil, daß die Dinge noch viel schlimmer würden und schlimmer werden müßten, ehe die große Wendung komme. Inmitten aller Jammerberichte und düsteren Prophezeiungen bleibt ein süßer Trost, nämlich der, daß sich die sogenannten Wirtschaftsführer seit Jahren mit erstaunlicher Regelmäßigkeit irren, wenn sie ihre Meinungen über die kommenden Dinge äußern.

* * *

Wenn man's glauben will, ist jetzt für die Industrie ein später Aschermittwoch (mit anschließender langer Fastenzeit) nach dem wüsten Inflationskarneval gekommen. Die größte Sumpfblüte, der Stinnes-konzern, ist dahin. Die Politik der Sachwerte um jeden Preis hat sich als falsch erwiesen, sobald die Mark selber wieder Sachwert wurde. Es war ein Fehler, sagt man heute, daß man die Krise, die sofort mit der Stabilisierung als Kreditkrise heraufzog, abstoppte, daß die Reichsbank Ankurbelungskredite gewährte und damit eine Scheinkonjunktur schuf. Auf diese Weise wurde die Krankheit der deutschen Wirtschaft nicht geheilt, sondern bloß verschleppt. Nun ging allerdings die Reichsbank aus Sorge um die Stabilität der Währung sehr bald, schon im Frühjahr 1924, zu einer andern Kreditpolitik über und ließ trotz alles Geschreis über die angebliche Industriefeindlichkeit des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht von der strengsten Krediteinschränkung nicht ab. Die Lage der Industrie nahm im Sommer 1924 einen mehr und mehr kritischen Charakter an. Da halfen nach der Annahme des Dawesplanes die langsam einströmenden Auslandskredite über die ersten Schwierigkeiten weg. Mit einigem Optimismus schaute man in die Zukunft, und die weitere Entwicklung schien die zuversichtliche Stimmung zu rechtfertigen.

Stinnes krachte, und mit ihm andere Konzerne, die aus Inflationslogik entstanden waren und in der Logik des normalen Geschäftslebens unmöglich existieren konnten. Die Folge war, daß das Ausland mit der Kreditgewährung an die Industrie zunächst zurückhielt. Die Kapitalknappheit verschärfte sich. Besonders mittlere und kleine Betriebe gerieten in die Enge, denn, wie es so geht, wurden die Großen von den Banken bei der Kreditgewährung ungebührlich bevorzugt.

Manches Unternehmen ist zusammengebrochen und manches wird noch zusammenbrechen, weil es ihm unmöglich ist, Betriebskapital aufzubringen. Doch liegt im allgemeinen die Hauptschwierigkeit nicht an den mangelnden Krediten. Die Not der Gegenwart hat ihre Hauptursache in dem katastrophalen Absatzmangel. Auf dem Weltmarkt stellen sich dem deutschen Export Schwierigkeiten über Schwierigkeiten in den Weg, und man kann nicht sagen, daß die deutsche Handelspolitik, den Wünschen der Großinteressenten folgend, Wege eingeschlagen habe, die dem Volksganzen zum Vorteil gereichen. Dem Binnenmarkt aber mangelt die Kaufkraft. So ist die Lage gekennzeichnet durch ein drängendes Warenangebot, dem eine äußerst bescheidene Nachfrage gegenübersteht, Geldmangel bei den Konsumenten, Kreditschwierigkeiten bei den Produzenten.

* * *

Es ist bereits zum Gemeinplatz geworden, daß in Deutschland zuviel produziert wird, und es ist noch nicht gar lange her, daß es hieß, einzig die Steigerung der Produktion könne uns retten! Rechtfertigte man nicht damit die Industriepolitik während der Inflationszeit? Wies man, als die Expropriation der Bevölkerung beendet war, nicht mit der Geste der Vaterlandsretter darauf hin, daß die Erhaltung, Verbesserung und Vergrößerung des industriellen Apparates das Unterpfand für den Wiederaufstieg sei? Auch im Dawes-Bericht wurde festgestellt, daß die deutschen Industriellen während der Inflation ihre „hochmodernen Fabrikanlagen" noch erweitert hätten, daß der Motor in einem „guten, vielleicht sogar in einem außergewöhnlich guten Zustand" sei, und dieser Befund war nach dem Urteil der Sachverständigen ein großer Aktivposten in der deutschen Bilanz, der vor allem andern zu zuversichtlichem Ausblick in die Zukunft berechtigte.

Und nun? Der vergrößerte Produktionsapparat, den man noch vor anderthalb Jahren als Segen betrachtete, ist in den Augen der Gegenwart ein Fluch. Hier sei die eigentliche Ursache der großen Krise zu suchen, vernimmt man mit einigem Befremden, der Apparat sei zu groß, er müsse verkleinert und den tatsächlichen Absatzmöglichkeiten angepaßt werden. Die Krise müsse sich radikal auswirken, die Unternehmungen, denen der Atem ausgehe, müßten stillgelegt und abgebrochen werden. Das Passendste werde den Kampf bestehen und das notwendige Sterben von Tausenden von Betrieben überleben. Großes Reinemachen und Gesundungsprozeß nennt man diese Prozedur. Industrielle, die sich geborgen wissen, und Ministerialdirektoren, die im warmen, sicheren Nest sitzen, begeistern sich an Gedanken von Abbruch und Zerstörung. Und man hört auch noch, daß ein sehr großer Teil der deutschen Industrieanlagen keineswegs auf der Höhe, sondern veraltet und reif zum Abbruch sei. Das ist aber wohl eine Uebertreibung, denn es ist anzunehmen, daß die Inflationsgewinne nicht nur in schöne Verwaltungsgebäude gesteckt wurden, sondern daß im großen ganzen die Wahrnehmungen der Dawes-Sachverständigen stimmen.

* * *

Die Kur, die zur Ueberwindung der großen Krise vorgeschlagen wird, hat den Vorteil, sehr einfach und leicht verständlich zu sein. Es ist deshalb gegenwärtig die herrschende Meinung, daß anders als mit dem Abbau des

Produktionsapparates den Schwierigkeiten nicht zu begegnen sei. Die Tatsache der Ueberproduktion liegt, ja jedermann offen vor Augen, und wer einigermaßen unterrichtet ist, weiß, daß nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Ländern die industriellen Anlagen vergrößert und verbessert wurden, so daß der Produktionsapparat der Welt um 40—50% über dem Stand der Vorkriegszeit liegt. Bei einigem Weiterdenken stellt sich jedoch heraus, daß ein großes Reinemachen, ein gründliches Abbauen, Stillegen, Zusammenlegen, Abbrechen, Vertrusten rc., wenn es auch gerade die führenden Leute als Notwendigkeit empfinden, eine verfluchte Aehnlichkeit mit einer Dr.-Eisenbart-Kur hat.

Der Grundirrtum liegt darin, daß, wie meist bei wirtschaftlichen Erwägungen, rein mechanisch und warenmäßig gedacht und gerechnet wird, ohne Berücksichtigung des wichtigsten Faktors, dessentwegen schließlich auch die Industrie da ist. Dieser Faktor ist der Mensch, volkswirtschaftlich gesprochen, die Allgemeinheit, die Bevölkerung des Landes, die vielen Millionen, die leben wollen und leben müssen. Theoretisch kann man sich sehr wohl den Fall denken, daß der Produktionsapparat so verringert wird, daß eine kleine Zahl äußerst rentabel arbeitender Trusts übrigbleibt, denen die Absatzfrage kein Kopfzerbrechen mehr macht. Praktisch ist der Gedanke nicht durchführbar. Man müßte vorher rund 15 Millionen Menschen in Deutschland totschlagen, deren es zuviel, die für den Produktionsprozeß überflüssig sind. Hier ist das große Problem, das irgendwie gelöst werden muß, die soziale Frage ist das Wichtige und Entscheidende, und sie ist es, wenn auch viele Industrieführer so tun, als ob sie gar nicht existierte, bzw. die Not der Gegenwart dazu benützen wollen, um die Soziallasten abzuschütteln.

Deutschland ist nun einmal ein stark übervölkertes Land, und es besteht keine Möglichkeit, etwa durch Auswanderung größeren Stils die Uebersetzung aller Berufe und Posten hintanzuhalten. Wir brauchten mehr Land. Im Vertrag von Versailles hat man uns aber von dem vorhandenen noch große und wertvolle Teile genommen. Was bleibt da anders übrig, als den Versuch zu unternehmen, durch Vermehrung der industriellen Produktion unsern Anteil am Welthandel zu vergrößern, um auf diese Weise der Bevölkerung eine Lebensmöglichkeit zu geben? Gemessen an den Notwendigkeiten des sozialen Lebens ist der Produktionsapparat keineswegs zu groß. Das muß heute mit aller Ausdrücklichkeit betont werden. Die vergrößerten und verbesserten Industrieanlagen sind in der Tat, wie es im Dawes-Bericht geschah, als wichtigster Aktivposten in der deutschen Gesamtbilanz zu werten. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß unsere industriellen Unternehmungen auch geschäftlich richtig aufgezogen sind. Das wird niemand zu behaupten wagen. Stinnes, das am meisten bewunderte „Organisationsgenie", hat bewiesen, wie verkehrt die „Berufensten" unter den deutschen Industriellen vorgegangen sind.

Man hat während des Krieges das wahnsinnige Wort gehört, daß der Krieg die beste Bevölkerungspolitik sei. Heute heißt es, daß Abbruch die beste Wirtschaftspolitik sei. Es ist ein dem ersten verwandtes Wort, sicher nicht klüger und ebenso wenig überlegt.

Schon gut, wird man nun sagen, aber die Tatsache der Ueberproduktion, das drängende Warenangebot und die äußerst bescheidene Nachfrage bleibt bestehen. Und ihr letzter Grund ist eben doch das Zuviel an Produktionsstätten. Hierauf ist zu erwidern, daß es mit den tatsächlichen Feststellungen seine Richtigkeit hat, daß aber der angegebene Grund nicht stimmt. Es liegt nicht in der Hauptsache an dem Zuviel an Produktionsstätten, daß wir heute mitten in einer gewaltigen Wirtschaftskrise stehen, sondern an einer ganzen Reihe von Gründen, die alle für sich allein nicht ausschlaggebend sind, aber zusammengenommen die schwere Absatzstockung hervorgerufen haben.

Eine Hauptursache, über die sich alle einig sind, ist zunächst der Mangel an ausreichendem, langfristigem Kredit, der es gestattet, auf lange hinaus zu disponieren. Hier ist in den letzten Monaten durch Gewährung von Auslandsanleihen mit langem Ziel eine Besserung eingetreten, die sich zweifellos in den nächsten Monaten fortsetzen wird. Es ist auch damit zu rechnen, daß die Vertrauenskrise, die auf dem inländischen Geldmarkt dank der zahllosen böswilligen Schuldner und betrügerischen Bankrotte besteht, überwunden wird. Ein besonderer Grund zum Schwarzsehen hinsichtlich der Kreditfrage ist im großen ganzen nicht vorhanden.

Eine weitere Ursache, und zwar eine äußerst schwerwiegende, liegt in der Steuer- und Handelspolitik des Reiches. Es ist nicht nebensächlich, wenn in einem einzigen Rechnungsjahr aus einem verarmten Volk drei Milliarden Mark mehr an Steuern herausgepreßt werden, als notwendig ist. Die staatskapitalistische Einstellung der amtlichen Finanzpolitik ist verhängnisvoll. Einmal werden den Produzenten dringend benötigte Mittel in unsinniger Weise entzogen, wodurch die Produktion verteuert wird, und andererseits wird die Kaufkraft der Konsumenten erheblich geschwächt. Es ist nicht zuletzt die Schuld der amtlichen Finanzpolitik, wenn heute das Wirtschaftsleben so schwer darniederliegt. Damit, daß man Mittel für Notstandsarbeiten zur Verfügung stellt, macht man den angerichteten Schaden nicht mehr gut. Nicht minder verhängnisvoll als die Finanzpolitik hat sich die amtliche Handelspolitik, diesmal den Wünschen der Großinteressenten aus Industrie und Landwirtschaft entgegenkommend, erwiesen. Hier glaubte man, mit den einfachen Vorkriegsrezepten des Hochschutzzolles trotz gänzlich veränderter Weltlage arbeiten zu können. Der Mißerfolg ist eklatant und wird von der deutschen Exportindustrie, auf die es vor allem andern ankommt, in lauten Tönen der Regierung vorgehalten.

Ein weiteres Moment, das die Krise herbeiführen half, ist in noch immer nicht ausgestorbenen Denkgewohnheiten vieler Industrieller, die auf Kriegs- und Inflationszeit zurückgehen, zu suchen: man will rasch reich werden und kalkuliert einen zu großen Gewinn in den Warenpreis ein. Mit bescheidenstem Nutzen zu arbeiten, wird erst die große Absatzstockung wieder lehren. Hätte sich die deutsche Industrie von Ford belehren lassen und das Prinzip der Dienstleistung an die Allgemeinheit vor die alte Profitpolitik gestellt, so wäre ihre Lage heute besser.

Alle diese Dinge, und noch manche andere dazu, verhinderten es, daß eine entscheidende Preissenkung, die trotz Schutzzöllen den Zugang zum Weltmarkt gestattete, eintrat, und daß der Inlandsmarkt aufnahmefähig wurde. Spricht man von Preissenkung, so denkt die Industrie zunächst an Lohndruck und Abschüttelung der verhaßten Soziallasten. „Das Herabdrücken der Löhne", sagt Ford, „ist die leichteste und gleichzeitig die liederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden, von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abwälzen".

Millionen von Volksgenossen leiden heute bittere Not infolge der „Unfähigkeit der Geschäftsführung", der industriellen wie der bürokratischen. Und der Trost, den die führenden Leute in der Industrie geben, ist der, daß es noch viel schlimmer wird . . .

* * *

Man darf sich glücklicherweise darauf verlassen, daß sie sich auch jetzt irren, wie sie sich in den Kriegs-, Inflations- und Stabilisierungsjahren meistens geirrt haben. Bei manchen ist der Wunsch der Vater des Gedankens, bei andern, so tüchtige Fachleute sie auch sein mögen, ist die Urteilsfähigkeit über die Gesamtlage und deren Tendenzen sehr minimal. Wesentliche Ursachen der heutigen Krise können und werden aus eigener Kraft behoben, zumindest in absehbarer Zeit gemildert werden. Nicht zuletzt wird die allgemeine politische Entspannung, die seit Locarno in der westlichen Welt eingetreten ist, zur Ueberwindung der Schwierigkeiten beitragen, schon dadurch, daß weiterhin langfristiges Auslandsgeld in die deutsche Wirtschaft fließt. Die Krise, so sehr es vielen Reinigungsfanatikern und Interessenten zuwider ist, wird vertagt — die Herabsetzung des Diskontsatzes der Reichsbank ist u. a. ein Schritt dazu — und durch die Vertagung überwunden werden, denn es ist doch anzunehmen, daß man endlich durch den erlittenen Schaden, wenn nicht klug, so doch klüger wird.

Dr. A. Scheuble.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 24. bis 30. Januar 1926 der 5. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Die Abrechnung für das 4. Vierteljahr 1925 ist von einer größeren Anzahl Zahlstellen noch nicht eingesandt worden. Es wird dringend gebeten, die Erledigung der Abrechnung zu beschleunigen.

Verlorene Bücher. Nr. 123 046, Fritz Kaufhold; Nr. 314 142, Herm. Kniches; Nr. 117 116, Heinrich König II; Nr. 174 263, Math. Engels; Nr. 276 124, Josef Rienhaus; Nr. 113 297, Franz Ruch; Nr. 268 491, Franz Bündtner; Nr. 190 158, R. Steinmetz; Nr. 2 3 593, Heinrich Reinecke; Nr. 295 006, Franz Haitz; Nr. 281 567, Joh. Merzenich; Nr. 109 960, Josef Schumacher; Nr. 117 684, Th. Krumpen; Nr. 114 542, Math. Dau; Nr. 132 964, Karl Schriß; Nr. 217 197, Franz Knapp.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohn- und Tarifbewegung.

Lohnabbaubestrebungen der Arbeitgeber. Dem Beispiele vieler Arbeitgebergruppen in bezug auf Abbau der bestehenden, ohnedies geringen Löhne folgend, scheinen nun auch die Arbeitgeber des Holzgewerbes, soweit sie im Arbeitgeberverband für die deutsche Holzindustrie und das Holzgewerbe organisiert sind, einen Vorstoß auf Abbau der Löhne machen zu wollen. Wie wir erfahren haben, sind die Vertreter der einzelnen Bezirksverbände in voriger Woche in Berlin zusammengewesen, und es scheint, daß sie entsprechende Beschlüsse gefaßt haben.

Bis jetzt liegen nämlich Meldungen über Kündigung von Lohnabkommen von folgenden Bezirksverbänden

Die Eiche und ihr Holz.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Schluß.) (Nachdruck verboten).

Bei alledem erreichen die eingeführten Eichenhölzer nicht die Qualität der besten deutschen Hölzer dieser Art, und für ein Holz wie das der Spessarteiche bietet das Ausland der deutschen Holzverarbeitung keinerlei vollwertigen Ersatz. Ein starkes Anziehen der Preise für Eichenholz ist seit Beginn dieses Jahrhunderts überall zu verzeichnen gewesen. Die Eichenholzpreise haben im Laufe der Jahre große Schwankungen durchgemacht. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts stellte sich der Raummeter besten Eichenholzes noch auf etwa 45 M., während vor dem Weltkriege die Preise je nach Qualität des Holzes zwischen 50 und 500 Mark für den Raummeter schwankten und gegenwärtig, wie alle Hölzer, auch das Eichenholz gegenüber der Vorkriegszeit eine abermalige bedeutende Preiserhöhung durchgemacht hat. Es läßt sich ermessen, welche gewaltigen Werte die vorhandenen und gottlob noch immer sehr bedeutenden Bestände an Eichen in den deutschen Wäldern darstellen; beispielsweise dürfte der Wert der bayerischen Alteichenbestände, also 180—200jährige Bäume, die etwa 2,5 Millionen Raummeter Holz enthalten, auf reichlich 500 Millionen Mark zu veranschlagen sein.

IV.

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf die bedeutsame Rolle, die die Eiche von jeher in Geschichte und Kulturleben der Völker gespielt hat, und die ein überaus reizvolles Kapitel ist.

Von jeher nahm die Eiche bei allen Völkern, denen sie überhaupt bekannt geworden ist, eine besondere Stellung unter den Bäumen ein, und schon bei den ältesten Völkern Europas finden wir den Eichbaum aufs engste mit dem religiösen Kultus verknüpft, finden wir die Schätzung und Verehrung der Eiche als eines heiligen Baumes. Sicher hatte diese Tatsache ihren Grund in der gewaltigen Größe und Stärke der Eiche, die alle anderen Bäume überragt, sowie in der majestätischen oder auch oftmals wildromantischen Erscheinung des Baumes, die dem Menschen auf jener frühen Kulturstufe Scheu und Ehrfurcht einflößten und ihn veranlaßten, in dem mächtigen Baume, der wie ein verzauberter Riese im Urwald oder auf freiem Felde stand, den Sitz besonderer Natur- und Götterwesen zu sehen. Schon bei den alten Germanen befand in einer Zeit, die vielleicht um vier Jahrtausende zurückliegt, die religiöse Verehrung der Eiche, die dem Göttervater Zeus geheiligt war. Unter der heiligen Eiche zu Dodona war der Sitz des ältesten Orakels der Griechen, wo Priester aus dem Rauschen des Wipfels und dem Gemurmel einer Quelle, die am Fuße des Baumes entsprang, den Willen der Götter verkündeten, und die Werke der griechischen Dichter erwähnen oftmals dieses Orakel und dessen heilige Eiche. Ebenso galt auch bei den Römern die Eiche als der heilige Baum des Jupiter, des mächtigsten der römischen Götterwelt, und wenn der Blitz in eine Eiche schlug, so glaubte man darin die zürnende und warnende Stimme des Göttervaters zu vernehmen. Ein Kranz aus Eichenlaub war bei den Römern Belohnung und Schmuck für denjenigen, der in der Schlacht einen anderen vom Tod errettete, und diese edle und schöne Bedeutung des Eichenlaubkranzes finden wir in ähnlicher Weise auch bei den meisten anderen Völkern und noch mehr bei vielen heutigen Nationen. Auch bei vielen asiatischen Völkern, bei den Persern und selbst den Juden, stand die Eiche in hohen Ehren, und auch die Schriftwerke dieser Völker geben oftmals der besonderen Bedeutung dieses Baumes Ausdruck.

Den breitesten Raum aber nahm die Eiche in Religion und Kulturleben der alten germanischen Volksstämme ein. In den deutschen Wäldern wuchsen die größten, mächtigsten und wildesten Eichen, die nicht nur bei den alten Deutschen selbst, sondern auch bei ihren Nachbarvölkern Staunen und Bewunderung erweckten; schreibt doch der berühmte römische Naturforscher Plinius, der von 23 bis 79 n. Chr. lebte, in seiner „Naturgeschichte" von den deutschen Eichen, daß diese gleichaltrig mit der Welt seien, unberührt von den Jahrhunderten bleiben und durch ihr fast unsterbliches Lebenslos wunderbarer wie alle Wunder der Welt seien. Auch den Germanen galt die Eiche als heiliger Baum; die Eichenwälder waren den Göttern geweiht und unter den größten und stärksten Eichbäumen wurden die Opfer dargebracht, die Opferschmäuse und Stammesberatungen abgehalten. Die Totenkampfer, in denen die Verstorbenen oder in der Schlacht ruhmvoll gefallenen Herzöge und Helden aufgebahrt wurden, wurden aus Balken und Brettern von Eichenholz gezimmert, desgleichen auch der Sarg, und überdies wurde den Toten Eichenlaub in den Sarg gestreut. Außer dem Holze nutzten die Germanen auch die Frucht der Eiche, die ihnen vielfach als Nahrung diente, und in vielen germanischen Landern wurde daher die Eiche geradezu als Fruchtbaum und der Eichenwald als Fruchtwald bezeichnet. An einem Eichbaume durfte kein Verbrecher gehängt werden, um den heiligen Baum nicht zu entweihen, und noch im Mittelalter wurde der Baum in Schriften und Liedern ehrerbietig als „Frau Eiche" angesprochen. Als dann die Apostel des Christentums in die germanischen Länder eindrangen und die Bekehrung der heidnischen Völker unternahmen, zogen sie auch gegen den heidnischen Kultus, den jene mit den Eichen trieben, zu Felde, den sie mit allen Mitteln auszurotten bestrebt waren. Geschichtliche Bedeutung hat die heilige Eiche bei Geismar in Hessen erlangt, die noch im 7. Jahrhundert von der Bevölkerung als den Göttern geweiht, verehrt wurde. Als der heilige Bonifazius, der Apostel der Deutschen, in das Land drang, um es zum Christentum zu bekehren, fand er den heftigsten Widerstand bei der Bevölkerung, die nicht von ihren Göttern lassen wollte und diese für mächtiger als den Gott der Christen erklärte. Als unter der heiligen Eiche geopfert werden sollte, ließ Bonifazius den Baum umhauen; erst waren die Heiden entsetzt, aber der Apostel erklärte ihnen, daß es die heidnischen Götter nicht geben könne, denn sonst hätten diese den Frevler, der ihren heiligen Baum niederschlug, sicher mit dem Tode bestraft. Damit erschütterte er das Vertrauen in die heidnischen Götter und gewann die Bevölkerung für das Christentum. Auch den Deutschen galt von jeher der Kranz aus Eichenlaub als der schönste Schmuck; in der späteren gotischen Ornamentik spielte das Eichenlaub eine wichtige Rolle, und bis zum heutigen Tage hat der Eichenkranz seine ursprüngliche ehrende symbolische Bedeutung als Auszeichnung bei Schützenfesten und sportlichen Veranstaltungen beibehalten.

Auch das hohe Alter der Eichen wird im Volksglauben und Volkssage oftmals erwähnt und hat sicher ebenfalls dazu beigetragen, diesen Baum mit dem Schleier des Geheimnisvollen zu umgeben. Allerdings ist der Volksglaube nach dieser Hinsicht etwas freigebig, und er legte gern alten Eichenbäumen ein noch höheres Alter, als sie in Wirklichkeit haben, bei. Im Volke wird gern von tausendjährigen oder gar zweitausendjährigen Eichen gesprochen. Ob es Eichen von zweitausend Jahren Lebenszeit gibt oder gegeben hat, ist sehr ungewiß; dagegen kennt man mit Sicherheit Eichen von über tausend Jahren. Eine Reihe alter Eichen ist berühmt geworden. Das Alter der Bäume wird bekanntlich aus der Zahl der Jahresringe berechnet, die am Querschnitt gezählt werden können. Die Zählung ist jedoch oftmals sehr schwierig, weil die Stämme im Innern hohl sind. Man ist daher oftmals darauf angewiesen, aus der Stärke des Stammes die Zahl

r: „Würtemberg, Baden, Südbayern, Hessen-Nassau, chsen, Thüringen, Hamburg, Schleswig-Holstein und n Bergischen Arbeitgeberverband.

In den Kündigungsschreiben wird meistens Bezug gemmen auf die außerordentlich schlechte Wirtschaftsge, zum Teil auch auf die durch die Lohnabkommen geaffene Schematisierung (!) der Löhne, die untragbar en.

Wer die Stimmen in der Arbeitgeberpresse verfolgt t, wird sich über diesen neuen Vorstoß, und auch über ssen Begründung nicht wundern. Nachdem „berühmten" ldgeschrei „Ceterum censeo" im Arbeitgeberlager, nach das gesamte Tarifvertragswesen bekämpft rden soll, erklärt sich recht deutlich das Verhalten auch r Holzarbeitgeber.

Warten wir in Ruhe die kommenden Dinge ab. So nz leicht dürfte den Herren die Zerstörung „Karthagos" ht gelingen.

Schon jetzt aber sei darauf hingewiesen, daß größte nsicht und Vorsicht bei allen Abwehrmaßnahmen geten erscheint und daß strengste Beachtung der erhenden Anweisungen seitens der Verbands- und Gautungen notwendig ist.

Berichte aus den Zahlstellen.

Mergentheim. Am 6. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre esjährige Generalversammlung. Aus dem Jahresbericht war ersehen, daß wir im letzten Jahr in bezug auf Mitglieder- l und Beitragsleistung wieder etwas vorwärts gekommen d, trotz aller Schwierigkeiten, die im Berichtsjahr zu erwinden waren. Es hat sich auch gezeigt, daß in unserer hlstelle eine Anzahl Kollegen vorhanden sind, die wissen, was wollen. Ohne straffe gewerkschaftliche Organisation ist an en Aufstieg und an eine geistige und sittliche Hebung des rbeiterstandes nicht zu denken. Wie durch unseren Zentralrband Christlicher Holzarbeiter im abgelaufenen Jahr daran arbeitet wurde, die Interessen der Holzarbeiter zu vertreten, igte unser anwesender Bezirksleiter Kollege Keisenauer seinem ausführlichen Referat. Bei den Wahlen zur Ortsrwaltung zeigte sich Einmütigkeit. Es wurde die seitherige rtsverwaltung mit Ausnahme eines Kollegen, der eine Wierwahl ablehnte, wiedergewählt. Kollegen von Mergentheim acht endlich einmal aus eurer Gleichgültigkeit auf! Hört f, in der Meinung zu leben, daß mit der Bezahlung des eitrags die gewerkschaftliche Tätigkeit erschöpft sei und das rige überläßt man der Ortsverwaltung und den Vertrauensten. Werdet endlich zielbewußte Verbandsmitglieder, dann aucht ihr um eure Zukunft nicht zu bangen.

Nachschrift. Inzwischen dürfte den Kollegen die Augen gefnet sein, denn die hiesigen Arbeitgeber bauen die Löhne eich um 10% ab, ohne daß zentrale Verhandlungen darüber ttgefunden haben. Die Kollegen ersehen daraus, was sich die rbeitgeber erlauben. Darum stellt euch einmütig und geblossen hinter euern Verband und alle Anschläge der Arbeitber, den tariflichen Lohn euch vorenthalten zu können werden n ein Nichts zerschellen.

Schwendi. Unsere Generalversammlung am 10. Januar war on gutem Gewerkschaftsgeist beseelt. Guter Besuch der Mitglieder hatte dazu beigetragen, die Stimmung in der Bermmlung zu heben. Kollege Bollinger, der schon im ahre 1921 unsere Zahlstelle führte, wurde wieder einstimmig m ersten Vorsitzenden gewählt. Die Wahl dieses Kollegen dürfte unserer Zahlstelle die Gewähr dafür bieten, daß sie uch fernerhin gut geführt und sich einer guten Entwicklung rfreuen wird.

Wiesentheid. In unserer Generalversammlung am 16. Januar wurde der Vorstandschaft für ihre Arbeit während des bgelaufenen Jahres die Anerkennung der Mitglieder ausgesprochen. Nach Erstattung des Geschäfts- u. Kassenberichtes hielt unser Bezirksleiter, Kollege Messerer-Würzburg, einen sehr lehrreichen Vortrag. Kollege Messerer schilderte die vielen Kämpfe, die während des Jahres 1925 in den verschiedenen Gruppen der Holzindustrie geführt werden mußten. Insbesondere wurde die Aussperrung im Holzgewerbe hervorgehoben, die durch die Geschlossenheit der Arbeiterschaft für die Arbeitgeber mit einem gründlichen Mißerfolg endete. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise werde vom Unternehmertum vielfach ausgenützt, um einen Lohndruck auszuüben. Am deutlichsten träte die Absicht der Unternehmer im bayrischen Sägergewerbe zu Tage, wo ein Abbau des Lohnes auf 48 Pfg. in der Spitze verlangt worden sei. Kollege Messerer geißelte die verkehrte Politik sehr vieler Wirtschafts-„Führer", die darauf hinausgehen, durch längere Arbeitszeit und niedrige Löhne die deutsche Wirtschaft wieder gesund zu machen. Es steht doch fest, daß die deutsche Wirtschaft nur dann gut beschäftigt sei, wenn der Absatz auf dem Binnenmarkte ein recht großer werde. Für die Arbeiterschaft ergäbe sich aus den derzeitigen Verhältnissen mehr denn je die dringende Forderung, sich zusammenzuschließen; denn nur Einigkeit macht stark.

Die Neuwahl der Vorstandschaft ergab zum größten Teil die Wiederwahl der bisher im Vorstand tätigen Kollegen.

Kronach. Die Generalversammlung unserer Zahlstelle fand am 10. Januar statt. Der Besuch derselben hätte ein besserer sein können. Der Jahresbericht wurde vom Kassierer, Kollegen Langold erstattet. Unser Kassierer hatte im vergangenen Jahre ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten, um die Einnahmen der Hauptkasse zu steigern und auch die Verhältnisse der Lokalkasse gesund zu erhalten. Die Versammlung hat dann auch einstimmig der Vorstandschaft Entlastung erteilt und ihr für die viele Arbeit und gute Führung der Zahlstelle den Dank ausgesprochen.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt als erster Vorsitzender Josef Sünkel, 2. Vorsitzender Gg. Mädsbecher, als Kassierer Hans Langold, als Schriftführer Heinrich Hämmer und als Beisitzer die Kollegen Heinrich Langold und Michael Baltasar. Die Behandlung von Wünschen und Anträgen mußte wegen vorgeschrittener Zeit auf die nächste Versammlung verschoben werden.

Mit dem Wunsche, daß die Zahlstelle auch im neuen Jahre eine gute Entwicklung aufweisen könne, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Altötting. Am Sonntag, den 10. Januar fand die Generalversammlung der Zahlstelle Altötting statt, zu der auch Kollege Kresse aus München erschienen war. Der Vorsitzende gab einen kurzen Ueberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse im vergangenen Jahre. Er führte dabei unter anderem aus, daß der Arbeitsmarkt sich infolge der Kreditnot und der teuren Kredite andauernd verschlechtert habe. Für die Arbeiterschaft hatte die Verschlechterung des Arbeitsmarktes sehr ungünstige Folgen. Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit nahm auch in vielen Fällen die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft zu. Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Kämpfe sind die hervorstechendsten Merkmale des Wirtschaftslebens im Jahre 1925. Am Schlusse des Jahres hatten sich Verhältnisse herausgebildet, die zu größtem Besorgnis Anlaß gaben. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse hat sich die Zahlstelle sowohl in Bezug auf Mitgliederzahl als auch innere Festigung sehr gut entwickelt. Die Rührigkeit unserer Vertrauensleute und die gewissenhafte Geschäftsführung des Kassierers haben diese günstige Entwicklung ermöglicht. Die Geschlossenheit der Kollegen bewährt sich bei uns in einem besonderen Falle, wo es sich darum handelte, die Wiederkehr früherer Zustände zu verhindern. Bei unseren Maßnahmen in der Zahlstelle haben wir stets zielbewußte Leitung und Unterstützung durch unseren Gauleiter Kollegen Kresse-München erfahren.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab keine Aenderung gegenüber der bisherigen Besetzung der einzelnen Posten. Kollege Kresse hob in seinen Ausführungen das gute Zusammenarbeiten zwischen Gauleitung und Ortsverwaltung hervor.

In seinem Schlußworte forderte der Vorsitzende die Kollegen auch für das Jahr 1926 zu eifriger Mitarbeit und festem Zusammenhalten auf.

Gewerkschaftliches

XI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beschloß auf seiner letzten Tagung (im Oktober vorigen Jahres zu Saarbrücken) die Abhaltung des nächsten Gewerkschaftskongresses im Frühjahr 1926. Dem Vorstand des Gesamtverbandes wurde überlassen, das Weitere zu bestimmen.

Die Entscheidung ist nunmehr dahin gefallen, daß der XI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften am 17. April und die folgenden Tage in Dortmund stattfindet. Tagungslokal wird wahrscheinlich die „Kronenburg" in Dortmund sein.

Als Tagesordnungsgegenstände sind außer dem Bericht des Ausschusses, den üblichen Wahlen und der Beratung eingegangener Anträge, wichtige soziale und wirtschaftliche Fragen vorgesehen. Es ist die Behandlung folgender Fragen in Aussicht genommen:

Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens.

Die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Lage und Aufgaben der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft.

Das Wohnungs- und Siedlungswesen.

Grundlagen und Wege des gewerkschaftlichen Bildungswesens.

Die beiden einleitenden Vorträge grundsätzlicher Art werden von Stegerwald und Imbusch gehalten werden.

Der letzte Kongreß der christlichen Gewerkschaften fand im Jahre 1920 zu Essen statt.

Rundschau.

Grenzen des Sparens. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" brachte unlängst in ihrer Wochenrundschau bemerkenswerte Ausführungen über die zwei Seiten des Sparens. Während mit treffenden Strichen die Notwendigkeit der Sparsamkeit dargelegt, wurde dann auch die andere Seite behandelt und „große Gefahren" hingestellt. — „Wenn die sechzig Millionen Deutsche sich jetzt allesamt und mit Begeisterung aufs Sparen verlegen, wenn sie keine Schuhe kaufen, solange noch ein Absatz dran ist und das Lederwerk noch notdürftig zusammenhält, wenn sie ihre Wohnungen nicht mehr heizen, sich nicht mehr ordentlich kleiden, wenn sie mit allen anderen Lebensbedürfnissen aufs äußerste knappen — wo soll dann die Arbeit für das Gewerbe und die Industrie herkommen?"

Man muß dieser Darstellung zugute halten, daß sie, um „große Gefahren" erscheinen zu lassen, stark übertreibt. „Wenn" die sechzig Millionen Deutsche? Ja „wenn"! Wie stellt sich die Wirklichkeit dar. Das gesamte Friedenssparkapital betrug in der Vorkriegszeit rund 22 Milliarden Mark. Es hatte sich durch jahrzehntelange Spartätigkeit allmählich auf diesen ansehnlichen Betrag zusammenbringen lassen. In der gleichen Zeit hatten wir, von Schwankungen abgesehen, eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Es wurden Schuhe gekauft, Wohnungen geheizt, man kleidete sich ordentlich und andere Lebensbedürfnisse wurden auch befriedigt, — also Gewerbe und Industrie hatten Arbeit. Trotzdem 22 Milliarden Mark Spareinlagen. Nehmen wir für die Vorkriegszeit bei einem jährlichen Volkseinkommen von 43 Milliarden Mark eine Zunahme der Spareinlagen von durchschnittlich 1 Milliarde im Jahre, so ergibt sich, daß doch ein ganz erheblicher Teil des Volkseinkommens direkt zur Befriedigung der Bedürfnisse Verwendung fand. Nur der 43. Teil fand den Weg über die Sparinstitute in die Wirtschaft hinein. Nach den neuesten Zahlen über die Spareinlagen bei den Deutschen Sparkassen betrugen diese Ende Oktober vorigen Jahres 1461,8 Millionen Mark. Auch diese Zahlen beweisen, daß nicht die sechzig Millionen Deutsche allesamt und mit Begeisterung sich aufs Sparen verlegt haben.

Sodann muß beachtet werden, daß die Befriedigung gewisser Bedürfnisse überhaupt erst bei entsprechender Sparsamkeit möglich ist. Eine Zeitlang müssen die Gelder angesammelt werden, um sie erst dann verwenden zu können. Im Oktober 1925 standen den Einzahlungen von Spargeldern bei den deutschen Sparkassen in Höhe von 250,5 Millionen Mark Rückzahlungen gegenüber von 169,5 Millionen. Diese letztere Summe wurde also wieder direkt aus den Spareinlagen der Wirtschaft zugeführt. Für die werktätige Bevölkerung ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit sorgfältigster Spartätigkeit, wenn daran gedacht wird, wie die Mittel für besondere Anschaffungen, für die Bestreitung besonderer Bedürfnisse aufgebracht werden sollen.

Deshalb ist es gut getan, immer wieder die Vorgänge im Sparwesen in den Vordergrund zu rücken. Für die Arbeitnehmerbewegung kommt erst recht die Pflege des berufsständischen Sparverkehrs in Frage. Für die christlich-nationale Arbeitnehmerschaft findet der berufsständische Sparverkehr seine vornehmste Pflege durch die Deutsche Volksbank, Aktiengesellschaft, Essen. **H. G.**

---

er Jahresringe und damit die Lebensdauer des Baumes zu rschließen. Ein Jahresring hat bei der deutschen Eiche einen Durchmesser von 1,75 Millimetern, was bei einem Stamm on 1 Meter Durchmesser über der Wurzel auf ein Alter von twa 280 Jahren schließen läßt. In dieser Weise ist die Lebensdauer einer Reihe alter Eichen berechnet worden.

Auch die tausendjährigen Eichen, von denen so viel gesprochen wird, sind äußerst selten. In Deutschland dürfte es wohl nur eine einzige Eiche geben, der dies ehrwürdige Alter zugesprochen werden kann, nämlich die Eiche in dem Park des Gutes Ivenack bei Malchin in Mecklenburg, die ihres hohen Alters wegen schon berühmt war, als im Jahre 1522 das Zisterzienser-Kloster bei Ivenack gegründet wurde, wie aus der Gründungsurkunde des Klosters hervorgeht. Dieser gewaltige Baum hat eine Höhe von 38 Metern und in Brusthöhe einen Umfang von 12,9 Metern, was auf ein Lebensalter von nahezu 1200 Jahren schließen läßt. Der Baum, der noch immer eine gewaltige Krone hat und auch noch immer Früchte trägt, dürfte die stärkste und schönste und jedenfalls auch älteste Eiche Deutschlands sein. In demselben Park stehen übrigens noch acht andere Eichen von ungewöhnlicher Größe und Stärke, die, wenn sie auch jünger als jener Altersriese sind, doch ebenfalls ein Alter von mehreren Hunderten von Jahren hinter sich haben dürften. Auch in Frankreich ist nur eine Eiche bekannt, die ihrer Größe und Stärke nach ein Alter von über tausend Jahren erreicht haben kann, nämlich die Eiche im Walde des Ardeche-Departements, die am Grunde einen Umfang von 11,5 Metern aufzuweisen hat. Eine andere tausendjährige Eiche, die auf dem Herrschaftsgut Brdza in Litauen stand, wurde 1813 gefällt; an dem Stamme dieses Baumes wurden noch 710 Jahresringe gezählt, das hohle Innere konnte auf mindestens weitere 300 Jahresringe geschätzt werden, so daß der Baum, der über 12 Meter Umfang hatte, demgemäß über 1000 Jahre alt geworden sein muß. Eine geschichtliche Berühmtheit ist auch die sogenannte „dicke Eiche" bei Arnsberg in Westfalen mit einem Stammumfang von 9 Metern, der auf ein Alter von etwa 820 Jahren schließen läßt; der Gipfel des Baumes, der heute unter staatlichem Schutz steht, ist vor Jahren vom Sturme gebrochen worden. Eine Merkwürdigkeit in mehrfacher Hinsicht ist ferner die Körner-Eiche bei Wöbbelin in Mecklenburg, unter der der Freiheitsdichter Theod. Körner nebst seiner Schwester begraben ist. Der Baum ist ein Zwillingsbaum von ganz ungewöhnlicher Stärke. In Meterhöhe über dem Fußboden teilt er sich in zwei Stämme, die sich dann nach etwa dreiviertel Meter wieder zu einem Stamm vereinigen, sich nach weiteren 1¼ Metern abermals trennen und dann getrennt bleiben; der eine Stamm steigt gerade in die Höhe, während sich der andere rechtwinkelig in zwei mächtigen Aesten abzweigt. Das Alter dieses denkwürdigen Baumes wird auf 500 Jahre geschätzt. Eine Eiche von etwa ebenfalls 500 Jahren Lebenszeit, die sogenannte „Hobrecht-Eiche", steht bei Breslau und hat einen Umfang von 5,10 Metern, eine andere in Soest in Westfalen, deren Höhe 32 Meter und deren Umfang 5,4 Meter beträgt, worauf man auf ein Alter des Baumes von ebenfalls rund 500 Jahren schließen kann. Die meisten anderen Eichen, die im Volksglauben als tausendjährig oder gar zweitausendjährig gelten, dürften nur auf ein Alter von etwa dreihundert Jahren zurückblicken können. Eine der berühmtesten deutschen Eichen, die mit mehr Sicherheit zu den tausendjährigen gerechnet werden können, ist leider anfangs des Jahres 1924 zusammengebrochen, nämlich die berühmte „Große Eiche" im Burgauer Revier bei Leipzig, die nach der Meinung der Chronisten schon bei der Gründung der Stadt Leipzig zugegen gewesen sein soll, was einem Alter von rund 1000 Jahren entsprechen würde. Der Baum hatte eine Höhe von 38 Metern erreicht und verriet bis Anfang dieses Jahrhunderts immer noch Leben. Dann ging er infolge Rotfäule ein, bis er schließlich unvermutet mit donnerartigem Getöse zusammenbrach, beim Sturz noch mehrere andere starke Stämme in seiner Nähe mit sich reißend und sich selbst und seine morsche Krone tief in das Erdreich einbohrend. Der Rauminhalt des gefällten Riesenbaumes wurde auf über 88 Kubikmeter festgestellt, das Gesamtgewicht auf rund 2060 Zentner, eine Last, zu deren Fortschaffung zehn Eisenbahnwagen nötig gewesen wären. Der gefällte Stamm war, wie sich sehr gut feststellen ließ, von der Wurzel bis zum Gipfel in allen und selbst den kleinsten Teilen von der Rotfäule durchsetzt, und ließ von der rotbraunen Borke an bis ins innerste Mark die verschiedensten dunkelrotbraunen bis zimtgelben Färbungen erkennen.

So finden wir die Eiche als eine hervorragende Erscheinung im Kulturleben der Völker. Geschichte, Kunst und Kunstgewerbe, Technik und Wirtschaftswesen sind in enger Weise mit dem stolzen Baum verknüpft, wo dieser überhaupt zu den Erzeugnissen des Bodens gehört. Unsere heutige Zeit hat der Eiche den sagenhaften und geheimnisvollen Schleier genommen, mit dem frühere Zeiten sie zu umgeben suchten, dafür schätzt sie in der Eiche aber den Baum des besten Werkholzes unserer Zone, und so lange unsere Wälder stehen und so lange die Kunst der Holzbearbeitung in mannigfachen Zweigen ausgeübt wird, so lange wird sich die Eiche ihre Ehrenstellung in Wald und Werkstatt bewahren.

Wucher und Wohnungsbau. Eine Wohnungsnot haben wir immer gehabt, auch vor dem Kriege, trotz der vielen Wohnungen, die leerstanden. Es war damals wie heute. Wie viele Wohnungsgenossenschaften bauen nicht mit dem Mute idealer Begeisterung Häuser und Heimstätten! Aber es geht ihnen die Puste aus, weil nur wenige Menschen den Kaufpreis oder die durch die Erstellungskosten bedingte Miete bezahlen können. Jetzt wie ehedem. Nur daß die Not heute zur Katastrophe wurde. Es gibt Siedlungen, in denen eine Unmenge von Häusern seit fast Jahresfrist fertiggestellt sind und auf die Bewohner warten. Es ist wie in einem Narren- und Possentheater. Neben dem Wohnungsüberschuß steht, wie Damaschke einmal sagte („Die Bodenreform"), die elendeste Wohnungsnot.

Ganz gescheite Leute, insbesondere solche, die ein Interesse daran haben, glauben aus der eben gezeichneten Tatsache eine Bestätigung dessen zu finden, was sie gern möchten: Wir hätten gar keine Wohnungsnot. Sonst würde man sich doch um die leerstehenden Neubauten streiten. Die Staatsbürger fühlten sich glücklich und geborgen in der Stube, in der sie hausten. Sie lebten nach dem Grundsatze: Raum ist in der kleinsten Hütte, und wenn es eine Gartenlaube oder Bretterbude wäre. Nur ein paar Schreier suchten künstlich die Unzufriedenheit zu nähren. Die müßten von Staats wegen mundtot gemacht werden. Zugegeben, daß es arme Menschen gibt, die das Elend so zermürbte, daß sie es selber nicht mehr sehen und empfinden. Aber die sind doch nicht die Allgemeinheit. Und es ist kein Grund vorhanden, daß man sie in ihrer proletarischen Stumpfsinnigkeit beläßt. Mit einer Masse im Elend verkommender Heloten ist kein Staatsgebilde auf die Dauer aufrechtzuerhalten. Darum muß hier schon aus staatsbürgerlichen Erwägungen heraus geholfen werden. Dabei schadet es nichts, wenn dem Durchschnittsbürger, der, auf behaglicher Scholle sitzend, sich gern vorsagen läßt, daß es auch den anderen Volksgenossen gut geht, immer wieder das Gedächtnis gestärkt wird. Schon 1905 hatten wir in Berlin 24 440 überfüllte Wohnungen mit gar keinem oder nur einem heizbaren Zimmer, in dem ständig sechs und mehr Personen wohnten, aßen und schliefen. Im Jahre 1910 stellte der Direktor des Posener Statistischen Amtes, Dr. Franke, fest, daß in Posen nicht weniger als 25 302 Personen zu sechs und mehr gemeinsam in einem Raume schliefen. Mehr als der dritte Teil der dortigen Bevölkerung hatte einschließlich der Küche nur ein bis zwei Wohnräume. Und heute? Wer da nicht sieht, wie die Not am Wohnraum aus allen Ecken grinst, der will nicht sehen. Wenn man nur die völlig unzulängliche Vorkriegsnotwendigkeit zugrunde legt, dann müssen in den nächsten sieben Jahren im Reiche mindestens 1,6 Mill. neue Wohnungen errichtet werden, d. h. im Jahre etwa 225 000 im Reich und in Preußen 130—150 000.

Tatsächlich sind im Jahre 1925 nur 70 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gebaut worden. Die wenigen Bauten aus Eigenmitteln kommen gar nicht in Frage. Und im Jahre 1926 können nach Feststellungen des Preußischen Wohlfahrtsministers nur 40—50 000 Wohnungen erstellt werden. Das sind ganz erschreckende Zahlen. Dazu kommt noch die furchtbare Tragik, daß ein Teil der erbauten Wohnungen deswegen nicht bezogen werden kann, weil diejenigen, für die sie errichtet wurden, die Mieten dafür nicht aufbringen können.

An guten Willen, auch von seiten der Behörden, hat es sicherlich nicht gefehlt. Aber gerade ihnen gegenüber muß immer wieder betont werden: Alle öffentliche und private Hilfe nutzt nichts, solange unser Bodenrecht nicht von Grund auf geändert wird, solange erbärmliche Parasiten den Boden als Schacherware betrachten dürfen, dessen Wert in dem Maße sich steigert, wie die Not zunimmt. Es ist ungeheuerlich, aussprechen zu müssen, daß der größere Teil der die Aermsten und Kinderreichsten am schwersten drückenden Hauszinssteuer in den Taschen der Bodenspekulanten verschwindet, während der andere Teil von den übertriebenen Baustoffpreisen aufgezehrt wird. Hier liegt tatsächlich das Krebsübel, das zu beseitigen allerhöchste Zeit wird. Entkleidet diese Treibereien der rechtlichen Grundlage, erklärt den Boden in irgendeiner tragbaren und gerechten Form zum Allgemeingut, und der wesentlichste Schritt zur Gesundung ist getan. Leider sind die Fälle nicht vereinzelt, in denen die Gemeinden, statt vorbildlich zu wirken, aus finanzpolitischen Gründen die Bodenwucherer noch zu übertrumpfen suchen.

Darüber hinaus müssen billige Kredite für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, nicht nur die Mietzinssteuer, die restlos ihrem eigentlichen Zwecke zuzuführen ist, sondern auch alle anderen verfügbaren öffentlichen und privaten Gelder. Man sage nicht, wir haben unser Geld zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft und für soziale Wohlfahrtspflege notwendig. Wohnungsbau ist der Schlüssel zur wirtschaftlichen Produktion und vorbeugende Wohlfahrt. Wenn die Bauindustrie gut beschäftigt ist, dann florieren auch alle anderen Gewerbezweige, hebt sich die Produktion, schwindet die Arbeitslosigkeit und wächst letzten Endes die freudige Bejahung des Staates. Erhaltung der Gesundheit ist besser und billiger als die immerwährende Bezahlung der hohen Arzneirechnung.

Uebermäßige Industrieentwicklung und Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten.

Der amerikanische Arbeitsminister James J. Davies hat auf Grund von stichhaltigen Unterlagen nachgewiesen, daß die Arbeitslosigkeit im hohen Grade auf die übermäßige Zahl von Produktionsstätten und Arbeitern in gewissen Industrien zurückzuführen ist. Wenn alle Betriebe das ganze Jahr hindurch ohne Kurzarbeit arbeiten würden, wäre es unmöglich, ihre gesamte Erzeugung zu konsumieren. Infolgedessen wird keine dieser Betriebsanlagen in ihrer vollständigen Leistungsfähigkeit ausgenutzt, und da sie nicht in der Lage sind, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, veranlaßt die übermäßige Zahl der Produktionsstätten eine Krise der Arbeitslosigkeit. Als Beispiel kann man die Schuhindustrie anführen. 227 Fabriken (14,5% der Gesamtzahl) mit 110 913 Arbeitern (60,4% der Gesamtzahl) stellen nur 65,6% des gesamten Schuhwarenverbrauchs her an Stelle von 95%, die sie herstellen könnten, wenn die Anlagen voll ausgenutzt würden. Die anderen 1143 Fabriken mit mehr als 72 000 Arbeitern sind damit sozusagen überflüssig und verhindern es, daß die Arbeiter das ganze Jahr hindurch beschäftigt sind und auf diese Weise einen ausreichenden Verdienst haben. Eine Reihe anderer Beispiele mit denselben Erscheinungen bietet die Mühlenindustrie und der Weichkohlenbergbau. Der amerikanische Arbeitsminister ist der Auffassung, daß es notwendig sei, dem Betrieb dieser überflüssigen Unternehmungen und der Verzettelung der Arbeitskräfte ein Ende zu machen. Es müsse ein Gesetz zu diesem Zweck geschaffen werden unter Rücksicht darauf, daß die wirtschaftlichen Gesetze selbst den Warenaufwand, der verkauft werden kann, beschränken. Unter Anführung des Beispiels des Stahltrusts in den Vereinigten Staaten und des zwischenstaatlichen Handelsausschusses erläutert der Arbeitsminister die gesetzlichen Maßnahmen, welche geeignet sind, einen Zusammenschluß der Unternehmungen zu fördern, jedoch unter Einschränkung der Möglichkeit, den Zusammenschluß lediglich zu einer ungerechtfertigten Preisbestimmung zu mißbrauchen.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Das zweite Buch der Reichsversicherungsordnung, welches die Krankenversicherung behandelt, steht abermals vor einer Abänderung. Das Reichsarbeitsministerium hat bereits am 7. Dezember 1925 nach Zustimmung des Reichsrats dem Reichstag einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt.

Mit Genugtuung kann man demselben entnehmen, daß die Regierung hinsichtlich der Bestimmungen über die Wochenhilfe ihren ersten Entwurf vom April 1925 endgültig fallen ließ zum Besten der Versicherten, der Kassen und der Allgemeinheit. Die damaligen Aeußerungen der Kassenverbände sowie sämtlicher zum Wohle des Kleinkindes tätigen Organisationen in Fachschriften und Tagespresse besonders gegen die im Entwurf beabsichtigte Beseitigung des Stillzwanges als Voraussetzung für den Bezug des Stillgeldes sind doch nicht ohne Wirkung geblieben. Der neue Entwurf läßt die Barleistungen der Wochenhilfe in gleicher Höhe wie bisher bestehen, auch hält er daran fest, daß Stillgeld nur gewährt wird, wenn und solange die Wöchnerin ihr Neugeborenes selbst stillt. Als Neuerung erscheint lediglich die Bestimmung, daß die Satzung oder die oberste Landesbehörde die Zahlung des Stillgeldes von der regelmäßigen Inanspruchnahme von Mutterberatungsstellen, Säuglingsfürsorgestellen oder dergleichen Einrichtungen abhängig machen kann.

Vom Standpunkt der Vereinfachung der Verwaltungsarbeit bei den Krankenkassen ist es zu begrüßen, daß mit Beseitigung des § 197 der RVO. die gegenseitige anteilige Erstattung der Wochenhilfekosten durch die einzelnen Kassen unter sich in Wegfall kommen soll. Hier waren in der Praxis die Verwaltungskosten für die Berechnung des Erstattungsbetrages vielfach größer als der Betrag, den die ersatzberechtigte Kasse von der erstattungspflichtigen Kasse erhielt.

Nach dem Regierungsentwurf soll auch § 205 d der RVO., nach welchem von den Kosten der Familienwochenhilfe bisher die Hälfte das Reich getragen hat, aufgehoben werden. Danach müßten also die Krankenkassen hinfort die ganzen Lasten der Familienwochenhilfe allein tragen, doch eine sicherlich starke Zumutung der Regierung, wenn man bedenkt, daß es sich hier nicht um die Unterstützung von Mitgliedern der Kassen, sondern nur um eine Hilfeleistung an Angehörige von Kassenmitgliedern handelt. Man muß der Anschauung des Reichsrates, es sei wohl begründet und gerechtfertigt, daß das Reich, also die Volksgesamtheit, sich nach wie vor an der mit der Familienwochenhilfe verfolgten allgemeinen bevölkerungspolitischen Aufgabe auch finanziell beteiligt, voll und ganz beipflichten und deshalb mit dem Reichsrat auch die Aufrechterhaltung des § 205 d der RVO. fordern. Denn der Wegfall der finanziellen Beteiligung des Reiches an den Kosten der Familienwochenhilfe würde eine bei der heutigen Vermögenslage der Kassen unerträgliche Beitragserhöhung zur notwendigen Folge haben.

Von weittragender Bedeutung sind auch die neuen Bestimmungen über die Gemeinlast, d. h. die Aufteilung der Aufwendungen für die Barleistungen in der Wochenhilfe auf alle Kassen im Verhältnis der Zahl ihrer Mitglieder. Für den Ausgleich sollen Pauschbeträge zugrunde gelegt werden. Da das Nähere zur Durchführung dieser Vorschrift erst durch den Reichsarbeitsminister bestimmt werden soll, ist die Abgabe eines Urteils über die Auswirkung schwer, wenn nicht unmöglich. Auf jeden Fall aber bedeutet die neue Bestimmung für den allergrößten Teil der deutschen reichsgesetzlichen Krankenkassen eine große Erleichterung gegenüber den bisherigen Gemeinlastbestimmungen, die bekanntlich in ihrer finanziellen Auswirkung für die kleineren Kassen so ungeheuerlich waren, daß die einzelnen obersten Landesbehörden den Vollzug dieser Bestimmungen von sich aussetzten. In die Hände dieser letzteren Instanzen ist es nach dem Entwurf auch gelegt, zu bestimmen, daß die bisherigen harten, vielfach undurchführbaren, vom grünen Tisch aus gemachten Vorschriften über die Gemeinlast schon von einem früheren Zeitpunkte als dem 1. Januar 1926 an für ihre Länder außer Kraft treten. Damit werden die bisherigen Bestimmungen über die Gemeinlast wohl eine Unmenge unnützer Verwaltungsarbeit bei Kassen, Versicherungs- und Oberversicherungsämtern und Sozialministerien, und berechtigten Mißmut und Unwillen bei dem Großteil der Krankenkassen verursacht, Gedeihliches aber nicht im geringsten gebracht haben. Denn die Sozialministerien der einzelnen Länder werden die Gemeinlastbestimmungen der §§ 367 a bis 367 e der RVO. wegen ihrer Undurchführbarkeit und ihrer ungerechten Auswirkung schon vom 1. 1. 1925, dem Tag ihres Inkrafttretens, ab außer Kraft setzen müssen. Eine klägliche, bedauerliche Totgeburt der modernen deutschen Gesetzgebung! Mögen die zuständigen Stellen für die Zukunft wenigstens daraus lernen, wie sie es bereits im Falle der Aenderung des Wochenhilfegesetzes im April 1925 taten, die Gesetzentwürfe über Sozialversicherung zu veröffentlichen, um die Für und Wider der Praktiker zu erfahren und so das Inkrafttreten unbrauchbarer und undurchführbarer Gesetze von vornherein unmöglich zu machen.

Eine grundlegende Aenderung der Verhältnisse ist mit der beantragten Beseitigung des § 3 der Verordnung über Krankenhilfe bei den Krankenkassen vom 30. Oktober 1923 noch beabsichtigt. Hiernach soll die wichtigste Bestimmung in Wegfall kommen, daß der Kassenvorstand, sofern bei der Kasse auf je 1350 Versicherte, bei Familienbehandlung auf je 1000 Versicherte mehr als ein Arzt entfällt, die Zulassung weiterer Aerzte zur Tätigkeit bei der Kasse versagen kann. Diese von der Regierung beabsichtigte Regelung ist im Interesse besonders der jungen Aerzte, die ohne Zweifel einen schweren Daseinskampf zu führen haben, gewiß berechtigt. Ob die Kassen aber die dadurch vermehrten Ausgaben für Arztkosten noch aufbringen können, ist eine andere Frage. An eine Erhöhung der Beitragssätze, die mit durchschnittlich sechs Prozent an sich schon sehr hoch sind, ist ebensowenig zu denken, wie an eine Deckung der Mehrausgaben für Aerzte aus Ersparungen, weil solche bei dem andauernd hohen derzeitigen Krankenstand nicht mehr vorhanden sind. Die Aerzte werden diesen Antrag begrüßen, den Kassen aber wird er wenig Freude bereiten.

Bücher und Schriften

bezieht der christliche Gewerkschaftler durch die

Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Gesucht

wird für mittlere Bauschreinerei (25 Bänke) ein in der Ausnutzung der Hölzer erfahrener

Zuschneider,

welcher auch das Zeichnen mit versehen kann. Gefl. Angebote mit Aufgaben und Zeugnissen unter Nr. 260 an die Geschäftsstelle des Verbandsorgans erbeten.

Für die Hälfte des Preises,

der bisher für die billigste Ausgabe bezahlt werden mußte, bieten wir die folgenden

Gustav Freytag-Geschenkausgaben

an:

Soll und Haben
Die verlorene Handschrift
Die Ahnen I Ingo und Ingraban
Die Ahnen II Das Nest der Zaunkönige

Ungekürzte Texte, bestes Papier, schöner Druck, gediegener Einband und trotzdem dabei billiger Preis.

Gebunden in Ganzleinen mit echt Feingold Deckel und Rückenpressung Mk. 2,75.
Gebunden in Halbleinen, jedoch auf holzhaltigem Papier Mk. 1,85.

Empfehlenswerter ist die Ausgabe in Ganzleinen. Als weitere Vergünstigung berechnen wir nur die Hälfte der Portokosten, bei Sammelbestellungen liefern wir portofrei.

Bestellt sofort, denn die Nachfrage ist groß.

Christlicher Gewerkschaftsverlag,
Abteilung Sortiment.

Um den vielfachen Anfragen zu begegnen, bitte ich hiermit an:

Sportschlitten-Kufen!

Esche, gebogen, prima Qualität

80	100	120	140	160 cm Holzlänge
1,20	2.—	2,50	2,90	3,30 Mk. p. Paar

ab Lager gegen Nachnahme. Um Porto zu sparen, empfiehlt es sich, von den kleinen Sorten mindestens 2 Paar zu bestellen.

M. E. Walther, Dresden-N.
Rehefelder Str. 53.

Intarsien. Musterbogen für Schatullen, Nähtische, Schlafzimmer u. dgl. geg. Einsend. v. 40 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 7 II.

Verantwortlicher Redakteur: Johann Sassenbach, Köln. — Druck: Bachem, Köln.